

Luxemburg an der "Todessp(r)itze"

Straftaten in Zusammenhang mit leichten Drogen kommen EU-weit immer seltener vor Gericht. Zu diesem Ergebnis kommt die EU-Drogenbehörde EMCDDA in Lissabon in ihrer neuesten Studie. "Zudem gibt es ein gestiegenes Bewusstsein zu dem Thema - von Politikern wie auch der allgemeinen Öffentlichkeit", sagte der Leiter der Behörde Georges Estievenhart. Insgesamt hätte jedoch die Zahl der Drogendelikte zugenommen, ebenso die Antwort der einzelnen Justizsysteme. Was leichte Drogen angeht, werden nach der Studie "einfache" Delikte wie Drogenbesitz oder -konsum gerichtlich weniger verfolgt als in den Jahren zuvor. Unterdessen meldet Luxemburg einen neuen Rekord: Im Jahr 2000 starben im Großherzogtum 26 Menschen an einer Überdosis Rauschgift. Das entspricht 5,97 Todesfällen auf 100.000 EinwohnerInnen, prozentual doppelt so viele Tote wie in Österreich, Griechenland oder Portugal. Luxemburg liegt damit an der europäischen Spitze. Dies geht aus einer Untersuchung des "Service d'action sociothérapeutique" des Gesundheitsministeriums und des "Centre de recherche public - Santé" im Auftrag des "Observatoire européen des drogues et des toximanies" (OEDT) hervor.

Geballte Energie

Auf dem liberalisierten Strommarkt der EU könnte es bald noch eintöniger aussehen als bisher. Seit Monaten versucht die deutsche Ruhrgas AG, den Energieriesen Eon zu übernehmen. Der Vollzug der Fusion wurde zunächst vom Düsseldorfer Oberlandesgericht untersagt. Die für Mittwoch vorgesehene Entscheidung des Gerichts wurde weiter verschoben. Gegen die Fusion hatten die deutschen Energiehändler "Ampere" und "Trianel" geklagt.

Eigentlich zuständig für diesen Fall sei jedoch die EU-Kommission, so der grüne Europa-Abgeordnete Claude Turmes. Turmes hat in seiner Funktion als Berichterstatter des europäischen Parlaments für die Direktive zur Liberalisierung des Stromsektors deswegen am Montag eine Klage gegen die Kommission in Brüssel eingereicht. Das erklärte EU-Ziel, auf dem Energiemarkt für Vielfalt zu sorgen, könne nur erreicht werden, wenn die Genehmigung solcher Fusionen auch EU-Sache sei, so Turmes. "Durch die Fusion hätte das deutsche Riesenunternehmen einen stärkeren Zugriff auf die russische Erdgasnutzung", erklärt der Europa-Abgeordnete. "Und das hätte Folgen für den gesamten europäischen Markt." Das Düsseldorfer Gericht will bis zum 5. August seine Entscheidung bekanntgeben, möglicherweise in der Erwartung, dass sich die Kommission bis dahin zu dem Fall geäußert hat.

Véhicules diesel: la fin du "tax free"

Frits Bolkenstein, commissaire européen chargé de la fiscalité, a déclaré la guerre au dumping fiscal en matière de vente de gazole. La Commission propose d'harmoniser les accises à partir du 1er janvier 2003. Sur sept ans, les taux dans les Etats membres devraient converger, pour le gazole professionnel, puis pour le gazole en général et l'essence sans plomb. Première raison: Les distorsions sur le marché libéralisé des transports routiers entraînées par les divergences des prix de carburants. Mais la Commission invoque également l'aspect de la protection de l'environnement et celui du manque à gagner fiscal.

Le malheur des uns fait le bonheur des autres ... et inversement. Si la proposition devait se concrétiser, le Luxembourg verrait une des niches les plus lucratives partir en fumée. Le député Vert François Bausch a demandé que le sujet soit mis à l'ordre du jour de la Commission des finances de mardi prochain. "Même si cela représente une perte pour les recettes de l'Etat, à nos yeux, c'est une bonne chose", précise-t-il. "Cette taxe représente un minimum de compensation pour les dommages écologiques et autres induits par le transport routier. Et elle réajustera un peu la situation de concurrence déloyale de la route par rapport au rail."

ELEKTRIZITÄTSWERK LUXEMBURG-STADT

Stromliberalisierung konkret

An diesem Freitag will die Stadt Luxemburg im Eilverfahren auf die Konsequenzen, die sich aus der Stromdirektive ergeben, reagieren. Form und Inhalt dieser Reaktion sind heftig umstritten.

(RK) - "Ein krasser Verstoß gegen die Demokratie", wettete Janine Frisch, Gemeinderätin im hauptstädtischen Gemeinderat, auf der am Mittwoch von "Déi Lénk" einberufenen Pressekonferenz. Die Konsequenzen der EU-Stromliberalisierungsdirektive für Stadtwerke sei seit Jahren bekannt: Übergang zur privatwirtschaftlichen Buchhaltung, für Netz und Stromhandel getrennt, sowie die Gefahr, dass Großkunden abwandern. Dennoch habe im Gemeinderat nie eine Debatte über die Zukunft des Elektrizitätswerks stattgefunden. "Derweil hat die blausharze Gemeindeführung hinter den Kulissen Entscheidungen getroffen und will sie nun im Eilverfahren absegnen lassen", so Janine Frisch.

An diesem Freitag soll der Gemeinderat die Überführung des Elektrizitätswerks in eine Aktiengesellschaft (AG) beschließen. Neben "Déi Lénk" haben die Gewerkschaften FNCTTFEL und LCGB Kritik vorgebracht: Das Statut der Gemeindebeamten werde damit in Frage gestellt, und Verschlechterungen für die Privathaushalte seien absehbar. Claude Turmes, Europaabgeordneter von "Déi Gréng", meint gegenüber der woxx: "Ich verstehe, dass die Stadt Luxemburg es angesichts der bevorstehenden Marköffnung eilig hat. Aber die Art und Weise ist nicht korrekt." Als Berichterstatter der Neufassung der Stromdirektive ist er gut gestellt, Prognosen zu

machen: "Durch die Neufassung wird es noch schneller gehen als bisher vorgesehen. Ab 2004 sollen alle Geschäftskunden 'éligible' werden, das heißt ihre Lieferanten frei wählen können. Die Stadtwerke werden einer sehr harten Konkurrenz ausgesetzt sein."

Im Dschungel der Märkte

Hauptbefürchtung des FNCTTFEL: Nur weil in der ersten Etappe, ab 1. Januar 2003, sechs Großkunden 'éligible' sind, sollen Personalstatut und "service public" über Bord geworfen werden. Simone Beissel, zuständige Schöffin, kann einen Teil der Sorgen entkräften: "Wir haben kurzfristig grünes Licht vom Innenministerium bekommen: Das Netz darf weiterhin von der Gemeinde verwaltet werden. Damit bleibt das Statut von 90 Prozent der Beschäftigten erhalten." Zu der Kritik an der Vorgehensweise sagt sie: "Es war nicht geplant, das noch vor dem Sommer zu beschließen. Doch wir haben Wind davon bekommen, dass ausländische Energieanbieter dabei sind, uns die Kunden abspenstig zu machen." In der Zeit vorher habe die Gemeindeführung keine Dokumente vorlegen wollen, bevor sie wusste, in welche Richtung sie gehen wollte.

Die Entscheidung für eine AG sei unausweichlich gewesen. Sowohl beim Kauf an der Strombörse als auch bei den Tarifen für Geschäftskunden müsse man

flexibel reagieren können, statt wie bisher für jeden Cent Tarifierhöhung ein Gemeindereglement verabschieden zu müssen. "Wir haben die anderen Möglichkeiten ganz genau geprüft, aus dem Elektrizitätswerk ein "Etablissement public" zu machen, ist nicht möglich", versichert Simone Beissel. Von den KritikerInnen wird immer wieder das Beispiel der Stadt Esch angeführt: Dort lag eine Studie der gleichen Consulting-Firma auf dem Tisch, die auch für die Stadt Luxemburg gearbeitet hat. Unter dem Druck von Gewerkschaften und "Déi Lénk" wurde die Entscheidung in den Herbst verlegt. Innerhalb von "Déi Lénk" sind die Meinungen allerdings geteilt. Gewerkschaftsnahe Mitglieder fordern einen Verbleib in öffentlicher Hand, KP-Mitglieder um Aly Bisdorff plädieren für das Zusammenlegen des Escher und anderer Elektrizitätswerke zu einer AG nach dem Vorbild der Sudgaz: Die ist zu hundert Prozent in Gemeindebesitz und bietet ihren Angestellten dem Gemeindebeamtensstatut entsprechende soziale Bedingungen.

Im Zusammenschluss mehrerer Stadtwerke sieht auch Claude Turmes eine Perspektive, insbesondere die kleineren, wie Echternach und Vianden. Die Grünen schlagen für den Herbst eine Energie-Tripartite vor, bei der alle nationalen Akteure gemeinsam die Liberalisierung vorbereiten sollen. Dem versperrt sich auch Simone Beissel nicht: "Wir sind zum Dialog und zur Zusammenarbeit bereit. Aber angesichts der großen Unsicherheiten des Marktes müssen wir erst einmal dafür sorgen, zu überleben."

EU-GRENZEN

Laboratorium kreativen Widerstands

Auf dem internationalen antirassistischen "Grenzcamp" in Straßburg treffen sich AktivistInnen aus ganz Europa.

(dw) - Grenzcamps haben inzwischen Tradition. Seit 1998, als an der deutsch-polnischen Grenze zum ersten Mal AktivistInnen eine Zeltstadt aufbauten, um gegen die "Festung Europa" zu demonstrieren, verging kein Sommer ohne Grenzcamp: am Frankfurter Flughafen, im südspanischen Tarifa, in Lendava, im slowenisch-ungarisch-kroatischen Dreiländer-Eck oder in Krynica an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland.

Vom Medienprojekt ASCII aus Amsterdam, der Volxtheaterkarawane aus Wien, dem frankophonen SansTitre-Netzwerk, über YaBasta aus Italien, der MigrantInnen-Gruppe The Voice aus der Deutschland und den Sans Papiers aus Frankreich - auf dem NoBorder-Camp im Strassbourger Parc du Rhin trifft sich seit vergangenem Freitag alles, was in der anti-rassistischen und Migra-Szene Rang und Namen hat.

Die Diskussionen um die Aktionsformen sind dabei genau so vorprogrammiert, wie die Suche nach Freiwilligen für die auf dem Camp aufgebauten Volxküchen, die pro Tag eine warme Mahlzeit bieten. Manche wollen die Aktionen lieber bunt und vielfältig, andere eher konfrontativ. "Wir sind

aus der Anti-Globalisierungs-Bewegung in Genua entstanden", erklärt ein Vertreter des "Collectif noborder Strasbourg", dem lokalen Organisationskomitees des Camps. "Uns hat an dieser Bewegung gefallen, dass sie eine gewisse Radikalität aufzeigt, mit der sie den Kapitalismus angreifen will."

"Strasbourg mit seiner wechselhaften Geschichte symbolisiert, wie vergänglich und von Menschen gemacht Staatsgrenzen sind. Heute spielt die Stadt in der EU als Sitz des europäischen Parlaments und des Menschengerichtshofs die Rolle des good guy im Verhältnis zur Brüsseler Zentrale", heißt es im Camp-Aufruf. Im Visier der Aktionen ist besonders eine weniger bekannte Strassbourger Institution: die SIS-Behörde. In diesem Gebäude fließen die Daten der europäischen Bundes- und Grenzpolizeibehörden im Schengen-Informationssystem zusammen.

Großdemo am Samstag

Am Montagvormittag marschierten die 1.000 Camp-AktivistInnen vom Parc du Rhin zum europäischen Menschenrechtsgerichtshof und in die Innen-

stadt. Dass die meisten EU-Städten wegen der bereits begonnenen Ferien nahezu leer waren, störte die DemonstrantInnen nicht. "Wir finden es gut, dieses Camp zu einem Zeitpunkt zu machen, der uns nicht durch irgendein politisches Event diktiert wurde", so ein Sprecher des Collectif im Präsentations-Video, das auf der camp-eigenen Homepage (www.noborder.org) angeschaut werden kann.

Die zentrale Forderung des Camps lautet "freedom of movement". "Wir müssen den Begriff Migration neu definieren", so der Aktivist. Ziel sei es auch, den Gruppen aus verschiedenen EU-Ländern die Möglichkeit zu geben, sich untereinander auszutauschen. "Camps sind gut, um Ideen von Organisation kennen zu lernen und entsprechende Projekte auszuloten", erklärt ein deutscher Teilnehmer. "Wir wollen ein Laboratorium kreativen Widerstands entwickeln."

Dazu gehören tägliche Ausflüge in die Strassbourger Innenstadt und die Banlieues. Straßentheater, Kundgebungen stehen genauso auf dem Programm wie die zwei Camp-Radios sowie eine aktuelle Online-Berichterstattung. Das Groß-Event steht noch bevor: Zur Abschlussdemo am Samstag erwarten die Camp-TeilnehmerInnen Unterstützung aus ganz Europa.

Live-Berichterstattung per Camp-Radio und aktuelle Infos zu den Aktionen unter www.noborder.org/strasbourg.

